

CDU

**Stadtverordnetenfraktion
Bremerhaven**

**18 Jahre
sind
zu viel!!!**

**Die DVU in der
Stadtverordneten-
versammlung**

**Positionspapier der
CDU-Stadtverordnetenfraktion**

Inhalt

Seite

Vorwort	3
Einleitung	5
Tabelle Mandatsverteilung	9
Stadtverfassung und Geschäftsordnung	11
1. Rat der ausländischen Mitbürger	11
2. Geschäftsordnung und Verfassung	12
3. Neuwahl eines hauptamtlichen Stadtrates	12
Finanzen und Wirtschaft	13
4. Grundsteuer B	13
5. Abfallgebühren	14
6. GEWOBA - Anteile	15
7. Gebührentarife zur Kanalbenutzung	15
8. Doppelhaushalt 2002 - 2003	16
Bau und Umwelt	17
9. Grabeland Auf den Wohden	17
10. OPEG	18
11. ÖPNV in der Bürger	18
12. Sanierungskonzept für Sportanlagen	19
13. Rogge-Hallen	19
14. Stadtbad Mitte	20
15. Fachmarktansiedlungen	21
16. Eisstadion	22
17. Tourismus am Alten und Neuen Hafen	23
18. Straßennamen	23
19. Parkraumbewirtschaftung	24
20. Kommunales Einzelhandelsförderprogramm	25
21. Gewerbegebietsanbindung	26
22. Umwandlung der ISP – Mittel	26
23. Fahrrad- und Fußwege	27
Hafen	28
24. Häfenentwicklung	28
25. Sanierung der Kaiserschleuse	29
26. Hafenanbindung in Bremerhaven	30
Schule und Kultur	31
27. Sanierung der Karl-Marx-Schule	31
28. Schulsanierung	31
29. Bildungspolitik	32
30. Deutschjahr für Ausländerkinder	33
Innere Sicherheit / Polizei	33
31. Erhalt der Polizeireviere in Bremerhaven	33
32. Polizeireform	34
Soziales	35
33. Erhalt der Bremerhavener Tafel	35
Abschlussbetrachtung	36
Tabelle Anträge	37
Paul Bödeker	38
Impressum	39



***Vorwort des Senators
für Inneres und Sport
Thomas Röwekamp***

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wahlerfolge der rechtsextremistischen NPD in Sachsen und ein drohendes Wahlbündnis von DVU und NPD zur nächsten Bundestagswahl haben die rechtsextremistischen Parteien in den vergangenen Monaten verstärkt ins Blickfeld der bundesdeutschen Öffentlichkeit gebracht. Dabei wissen wir in Bremerhaven nicht erst seit gestern von diesem Phänomen. Seit nunmehr 18 Jahren gehört die Deutsche Volksunion ununterbrochen der Stadtverordnetenversammlung an. 1987 gelang der „DVU-Liste D“ erstmals der Einzug in das Bremerhavener Kommunalparlament. Übrigens in einem Wahlbündnis mit der NPD. Wahlverabredungen unter rechtsextremistischen Parteien sind also keine Neuigkeit.

Aber auch die Hoffnung, dass sich das „braune Gespenst“ bei der nächsten Wahl von selbst verzieht, sollte sich nicht erfüllen. Weder das Stillschweigen in den Medien, noch das Nichtbeachten durch die anderen Parteien und leider auch nicht die offenkundige Unfähigkeit und Faulheit der Mitglieder in der Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft haben dazu geführt, dass die Wähler es sich bei der nächsten Wahl anders überlegen würden.

Woran liegt das? An der „Arbeit“ der DVU in der Stadtverordnetenversammlung jedenfalls nicht, wie das hier vorliegende Positionspapier der CDU Stadtverordnetenfraktion eindrucksvoll vor Augen führt. Es geht um die Frage, wie die geistige und politische Auseinandersetzung mit der DVU von den demokratischen Kräften in der Seestadt neu geführt werden kann. Die DVU ist erwiesenermaßen eine rechtsextremistische

Partei. Sie wird vom Verfassungsschutz im Land Bremen, aber auch vom Bund seit Jahren beobachtet. Ihre antidemokratische Grundhaltung ist vielfältig belegbar.

Doch das allein genügt nicht. Die Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften geht uns alle an! Sie muss als Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven verstanden werden. Das vorgelegte Positionspapier der CDU Stadtverordnetenfraktion könnte dafür eine Initialzündung sein. Nehmen wir die politische Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften wie der DVU offensiv auf!

Ihr

Senator Thomas Röwekamp

- stellvertretender Kreisvorsitzender CDU Bremerhaven -

18 Jahre sind zu viel!!!

Die DVU in der Stadtverordnetenversammlung

Seit 1987 ist die Deutsche Volksunion ohne Unterbrechung in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Der Einzug in die Stadtverordnetenversammlung 1987 gelang ihr in einem Wahlbündnis mit der NPD. Schon damals gab es im rechtsextremen Bereich Wahlverabredungen.

Nach großen Protesten von Seiten der Bevölkerung haben die demokratischen Fraktionen den Beschluss gefasst, keine Diskussionen mit den Vertretern der DVU zu führen.

Auch die Medien haben für sich beschlossen, über Aktivitäten der DVU nicht zu berichten.

Nachdem die DVU nunmehr 18 Jahre ununterbrochen der Stadtverordnetenversammlung angehört, kann man als Fazit feststellen, dass die Strategie des Verschweigens nicht aufgegangen ist.

In Bremerhaven wurde die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung gleichzeitig mit der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), auf zwei getrennten Listen, durchgeführt. Eine weitere Besonderheit der Bremerhavener Verfassung ist die Tatsache, dass die Parteien, die bei der Wahl zur Bürgerschaft die 5 % Hürde in Bremerhaven überspringen, in der Bürgerschaft vertreten sind. Das bedeutet, dass die DVU nicht nur mit zwei Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung vertreten war, sondern auch mit einem Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Bundesrepublik Deutschland in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit befindet, besteht die Gefahr, dass Wählerinnen und Wähler, als so genannte Protestwähler, rechtsextreme Parteien wählen.

Diese Broschüre soll helfen aufzuzeigen, dass die DVU keine politische Alternative in der parlamentarischen Arbeit ist.

Sie stellt die parlamentarische Arbeit der DVU in der Legislaturperiode von 1999 – 2003 dar.

Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, gezielt Anträge der DVU ausgesucht und analysiert zu haben, ist in der Broschüre jeder Antrag der DVU in der Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1999 – 2003 aufgeführt.

Das Erschreckende an der Arbeit der DVU ist insbesondere, dass ihre Vertreter dort, wo die eigentliche parlamentarische Arbeit durchgeführt wird, nämlich in den Ausschüssen, oft nicht anwesend sind, selten eigene Redebeiträge halten, geschweige denn Anträge stellen.

Die einzigen DVU-Anträge, die in den Ausschüssen behandelt wurden sind, sind jene, die aus der Stadtverordnetenversammlung überwiesen worden sind (siehe Protokolle der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung).

Diese Tatsache lässt nur den Schluss zu, dass die DVU politisch nicht arbeitet, sich aber aus ihren Auftritten in der Stadtverordnetenversammlung eine öffentliche Wirkung verspricht.

Anhand der nachfolgenden Anträge kann man deutlich erkennen, dass die DVU keine politische Richtung verfolgt, sondern nur auf Stimmungen in der Bevölkerung reagiert und versucht, sich als Fürsprecher von Initiativen darzustellen.

Das wird auch durch die Tatsache bewiesen, dass ein richtiges Wahlprogramm der DVU scheinbar nicht vorhanden ist.

Auch das Schema der Redebeiträge in der Stadtverordnetenversammlung, die zu 95% von dem DVU-Stadtverordneten Tittmann gehalten werden, ist immer gleich. Er beginnt die Debatte mit einer vorgeschriebenen Rede, die inhaltlich oft vom Antrag abweicht, in der er aber den Namen der DVU so oft wie möglich nennt.

Dabei muss man wissen, dass die Stadtverordnetenversammlung live im Hörfunk des Offenen Kanal Bremerhaven übertragen wird. In diesen Redebeiträgen steigert er sich regelmäßig in Beschimpfungen, auch über Bundespolitiker der etablierten Parteien, hinein. Auch die anwesenden Pressevertreter werden von ihm beschimpft.

Nachdem sich allmählich die Auffassung bei den demokratischen Parteien durchgesetzt hat auf Redebeiträge der DVU zu antworten, um deutlich zu machen, welcher politische Unfug verbreitet wird (siehe nachfolgende Anträge der Stadtverordnetenversammlung), haben die Stadtverordneten der DVU ihr Verhalten geändert. Jetzt hat der Vertreter der DVU einen vorgefertigten zweiten Redebeitrag, um den Eindruck zu erwecken, er würde sich an der Diskussion beteiligen.

Bei vielen Anträgen musste der Stadtverordnetenvorsteher bei den Ausfällen der DVU einschreiten.

Hier kommt der Verdacht auf, dass die Provokationen absichtlich erfolgen. Das wird durch die vorgeschriebenen Reden bestätigt. Dadurch wollen sie auch den Eindruck erwecken, dass mit ihnen nicht demokratisch umgegangen wird.

Ein weiterer Beweis ihrer unaufrichtigen Parlamentsarbeit ist die Tatsache, dass sie Anträge stellen mit Themen, die in den Ausschüssen schon behandelt worden sind. Damit sind solche Anträge logischerweise überflüssig und werden nach parlamentarischer Gepflogenheit abgelehnt.

Es geht der DVU bei solchen Debatten nicht um eine politische Diskussion, sondern um die Ablehnung ihrer Anträge. Die abgelehnten Anträge werden mit dem Zusatz „von den anderen Fraktionen abgelehnt“, als Flugblatt bei den Betroffenen verteilt.

Hier zeigt sich ein großes Gefahrenpotential durch die DVU auf. Wenn Betroffene sich nicht über die parlamentarische Arbeit informieren, müssen sie den Eindruck gewinnen, dass die DVU ihr Interessenvertreter ist.

Die angeführten Anträge beweisen das Gegenteil!

Als Resümee aus der Entwicklung der politischen Landschaft seit 1987 muss man feststellen, dass die Strategie des Verschweigens der DVU falsch ist. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien muss in den politischen Gremien, aber auch über die Medien, offensiv erfolgen. Dies alleine wird aber nicht das Ziel der Verhinderung rechtsextremer Parteien in der Stadtverordnetenversammlung zur Folge haben, sondern hier ist von allen demokratischen Parteien und Fraktionen parteiübergreifend eine umfassende Aufklärung der Arbeit der DVU bei der Bevölkerung notwendig.

Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass die DVU sich in Wahlbündnissen mit der NPD neu formieren will oder über Wahlabkommen eine konkurrierende Kandidatur ausschließen zeigt, dass sich im rechtsextremen Spektrum eine neue, negative Qualität gegen unsere demokratische Grundordnung formiert. Auch die Analyse der Arbeit der DVU in der Stadtverordnetenversammlung zeigt dieses deutlich.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen, dass die DVU nicht ihre Interessen, sondern allein die Interessen der DVU verfolgen.

Um auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und um die offensive Auseinandersetzung zu verstärken, legt Ihnen die CDU Stadtverordnetenfraktion diese Broschüre vor.

Mandatsverteilung in der Stadtverordnetenversammlung seit 1987

Wahl vom 13.09.1987

Partei	Sitze
CDU	12
SPD	24
Grüne	6
F.D.P	4
DVU	2

Wahl vom 29.09.1991

Partei	Sitze
CDU	14
SPD	20
Grüne	5
DVU	5
F.D.P	4

Wahl vom 24.09.1995

Partei	Sitze
CDU	19
SPD	16
Grüne	6
AFB	4
DVU	3

Wahl zur Stadtverordneten-
versammlung 1999

Partei	Prozentanteile	Sitze
CDU	38,95 %	20
SPD	42,05 %	22
Grüne	6,40 %	3
AFB	3,24 %	--
DVU	5,19 %	3
F.D.P	2,96 %	--

Wahl zur Stadtverordneten-
versammlung 2003

Partei	Prozentanteile	Sitze
CDU	30,96 %	16
SPD	35,96 %	18
Grüne	11,30 %	6
DVU	8,08 %	4
F.D.P	7,38 %	4

Kommunalpolitische „Arbeit“ der DVU in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung

Stadtverfassung und Geschäftsordnung

1. Rat der ausländischen Mitbürger

Am 26.09.1999 ist der Rat der ausländischen Mitbürger erstmals gewählt worden. Die Einrichtung des RaMs war Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und der SPD von 1995 – 1999. Natürlich gab es bei der CDU Vorbehalte gegen eine solche Institution; insbesondere in der Funktionsfähigkeit. Der Versuch der DVU, mit ihrem Antrag am 11.11.1999 - also unmittelbar nach der Wahl - den RaM aufzulösen, zeigt deutlich, dass es ihnen nicht um eine funktionstüchtige Institution geht. Über eine Funktionsunfähigkeit kann in so kurzer Zeit nicht beurteilt werden. Es geht der DVU um das Schüren von Hass und Vorurteilen gegen ausländische Mitbürger.

Der DVU-Antrag vom 11.11.1999 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der in der Stadtverordnetenversammlung am 26.09.99 gewählte Rat ausländischer Mitbürger wird unverzüglich aufgelöst.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Zur Qualität der politischen Arbeit der DVU muss man wissen, dass der RaM nicht von der Stadtverordnetenversammlung, sondern von den ausländischen Mitbürgern in Bremerhaven am Tag der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung mitgewählt wurde.

2. *Geschäftsordnung und Verfassung*

Es ist immer mehr zu beobachten, dass die Vertreter der DVU und insbesondere der Stadtverordnete Tittmann, in ihren Redebeiträgen häufig erheblich vom Thema abweichen, um dann andere Parteien und die Presse zu beschimpfen. Hierfür wurde er in der Vergangenheit bereits mehrfach vom Stadtverordnetenvorsteher mit einem Ordnungsruf gerügt.

Der DVU-Antrag vom 15.03.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, die Verfassung der Stadt Bremerhaven sowie der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven einzuhalten.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Gerade an diesem Antrag zeigt sich, dass die DVU versucht, zu suggerieren, dass insbesondere die verfassungsrechtlichen Organe mit der DVU undemokratisch umgehen. Aber wer die Debatten mit Beteiligung der DVU verfolgt, weiß, wie unsachlich und polemisch die Vertreter der DVU in der Regel argumentieren. Beweis dieser These ist u.a., dass sie keine rechtlichen Schritte bisher unternommen haben, um die vermeintliche unfaire Behandlung der DVU zu belegen.

3. *Neuwahl eines hauptamtlichen Stadtrates*

Für die Wiederbesetzung der Stelle des leider verstorbenen CDU-Stadtrats Hartmut Christiansen hatte die SPD, laut Koalitionsvertrag mit der CDU, das Vorschlagsrecht.

Der DVU-Antrag vom 20.09.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die frei gewordene hauptamtliche Stelle eines Stadtrates für Gesundheit, Umwelt und Soziales nicht wieder zu besetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag bei Gegenstimmen von SPD und CDU ab.

Bündnis 90 / Die Grünen wollten in einem Antrag erreichen, dass der hauptamtliche Magistrat reduziert wird. Dementsprechend haben sie einen Antrag gestellt. Unmittelbar danach ging der Antrag der DVU beim Stadtverordnetenvorsteher ein. Der Redebeitrag des DVU-Stadtverordneten Tittmann, (siehe auch Niederschrift der 13. öffentlichen Sitzung am 20. September 2001) befasst sich in keiner Weise mit der wichtigen Frage, wie der Magistrat bei einer Verkleinerung seine Aufgaben verteilt, sondern lediglich mit der allgemeinen Floskel über den Zustand Bremerhavener Schulen, über die Finanzierungsausstattung beim Bremerhavener Sport und bei der Polizei. Dazu muss man wissen, dass der zu wählende Stadtrat für keinen dieser Bereiche verantwortlich ist.

Finanzen und Wirtschaft

4. Grundsteuer B

Im Bundesland Bremen wurde bei der Haushaltsberatung des Landes die Grundsteuer erhöht. Analog dazu kam auch die Forderung an Bremerhaven, den Grundsteuerhebesatz anzugleichen. Da aber schon 1998 die Grundsteuer erhöht worden ist, gab es für die Große Koalition keinen Anlass - auch wegen der Vergleichbarkeit mit dem Umland - hier Veränderungen vorzunehmen.

Der DVU Antrag vom 03.02.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen das Bestreben des Bremer Senats, auch in Bremerhaven die Grundsteuer B zu erhöhen, aus.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Man muss dazu wissen, dass die Grundsteuer bis heute nicht erhöht

worden ist, sondern hier von der DVU bewusst eine Verunsicherung der Grundstücksbesitzer provoziert wurde.

5. Abfallgebühren

Im Dezember 2000 hat die Stadtverordnetenversammlung das Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung in Bremerhaven beschlossen. Bis ins Jahr 1997 ist eine Überdeckung aus den Gebühren erzielt worden, sodass erst ab 1998 eine Unterdeckung ausgeglichen werden musste. Außerdem waren seit dem 01.01.1994 die Gebühren nicht mehr erhöht worden. Ferner muss man dazu wissen, dass Gebühren kostendeckend erhoben werden müssen und eine Verrechnung der Unterdeckung nur in einem Zeitraum von höchstens 2 Jahren ausgeglichen werden kann.

Der DVU-Antrag vom 07.12.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Keine Änderung der Gebührenordnung zwecks Erhöhung der Gebühren der öffentlichen Abfallentsorgung in Bremerhaven.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Vorlage der Entsorgungsbetriebe Bremerhaven nicht zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag bei 3 Ja-Stimmen der DVU ab.

An diesem Antrag kann man erkennen, dass die DVU in der Stadtverordnetenversammlung nicht einmal die Verfahren kennt. Es gab eine vom Dezernenten eingebrachte Vorlage, bei der Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung möglich war. Nur damit der Name DVU auch bei Flugblattaktionen erscheint, ist dieser Antrag gestellt worden. Der Redebeitrag der DVU zeigte, dass sie sich mit dem Sachverhalt nicht beschäftigt haben. Um dies zu verdeutlichen, folgt hier der ungekürzte Redebeitrag der DVU.

Stadtverordneter Braune weist darauf hin, dass der Entsorgungsausschuss die Gebührenerhöhung um 20 % vorgesehen hat, weil die Bevölkerungszahl zurückgegangen ist. Dieses Dilemma ist den ständigen überproportionalen Anhebungen von Steuern und Gebühren, der

Arbeitslosigkeit und einer Fehlleistung vergangener Zeiten zuzuschreiben, und das wird sich auch nicht so schnell ändern. Die DVU lehnt diese Vorlage ab.

6. GEWOBA - Anteile

In der vorherigen Legislaturperiode ist der Verkauf einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft sehr emotional in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert worden. An der GEWOBA Bremen ist Bremerhaven über die HAWOBEG beteiligt gewesen. Da Bremen eine Neuordnung der Gewoba beabsichtigte, war es für Bremerhaven naheliegend seine Anteile an Bremen zu veräußern.

Der DVU-Antrag vom 08.02.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, keine HAWOBEG (GEWOBA)-Anteile zu veräußern.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Bei diesem Antrag hoffte die DVU die gleichen öffentlichen Emotionen wecken zu können, wie bei der vorangegangenen Diskussion. Es wurde versucht, bei den Bewohnern der GEWOBA-Wohnungen den Eindruck zu erwecken, sie müssen ihre Wohnungen aufgeben oder aber erhebliche Mietsteigerungen akzeptieren. Bremerhaven hat auf dem Wohnungsmarkt einen enormen Leerstand, sodass das Mietsteigerungen gar nicht durchzusetzen sind. Auch bei der Wohnqualität gibt es bei Veräußerungen keine Verschlechterung. Außerdem hat die GEWOBA inzwischen überzählige Wohnungen abgerissen und die verbliebenen Wohnungen hochwertig saniert. Dies wurde von der DVU vorsätzlich verschwiegen.

7. Gebührentarife zur Kanalbenutzung

In der Stadt Bremerhaven gab es eine öffentliche Diskussion über die Gebührentarife zur Kanalbenutzung. Da Gebühren immer kostendeckend erhoben werden müssen und nicht im Nachhinein ausge-

glichen werden können, war eine Gebührenerhöhung unumgänglich. Im Jahr 1998 hat die Koalition aus CDU und AfB auf eine Gebührenerhöhung verzichtet.

Der DVU-Antrag vom 28.06.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, keine Erhöhung der Gebührentarife für die Kanalbenutzung in diesem Jahr vorzunehmen.

Da die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage des Magistrats mehrheitlich beschlossen hat, hatte sich der Antrag der DVU für die demokratischen Parteien erledigt.

Die schlechte Vorbereitung der DVU wird daran deutlich, dass sie im Redebeitrag keinerlei Zahlen auch nur im Ansatz behandelt haben. Es ging der DVU nur darum, aufzuzeigen, dass sie gegen Gebührenerhöhungen ist, ohne die gesetzlichen Inhalte zu kennen. Des Weiteren zeigt sich auch die schlechte parlamentarische Vorbereitung der DVU, denn natürlich hätte sie darauf bestehen müssen, den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

8. Doppelhaushalt 2002 - 2003

Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens hat die Ortspolizeibehörde im Bereich Ordnungswidrigkeiten den Ansatz der vergangenen Jahre erhöht. Die Große Koalition hatte schon im Vorfeld angekündigt, diesen Wert im Rahmen der Haushaltsaufstellung den tatsächlichen Einnahmen anzupassen.

Der DVU-Antrag vom 20.09.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsaufstellung – Doppelhaushalt 2002-2003 – die Einnahmeansätze für Ordnungswidrigkeiten nicht zu erhöhen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Dieser Antrag ist wiederum ein Beispiel, wie die DVU versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass die etablierten Parteien im Einnahmebereich den sog. Normalverbraucher zusätzlich belasten würden. Trotz der deutlichen Einlassungen der großen Koalition wurde dieser Antrag gestellt. Allerdings wurde er von der DVU nicht debattiert, sondern zurückgezogen, um sich nicht in eine politische Diskussion mit den anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung einlassen zu müssen.

Bau und Umwelt

9. *Grabeland „Auf den Wohden“*

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD ist zur Ausweisung von Baugrundstücken im Stadtgebiet Bremerhaven auch das Grabelandgebiet „Auf den Wohden“ einbezogen worden. Der Bevölkerungsrückgang in Bremerhaven musste u.a. durch Einfamilienhaus- und Reihenhausbau aufgefangen werden. Von den betroffenen Grabelandpächtern ist ein Bürgerbegehren angestrengt worden, das abgelehnt wurde. Hierzu muss man wissen, dass Grabelandpächter kurze Kündigungsfristen haben und die Grundstücke nicht bebauen dürfen.

Der DVU-Antrag vom 03.02.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Grabelandgrundstücke „Auf den Wohden“ werden durch eine Bebauungsplanänderung als Kleingartengebiet ausgewiesen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Hierzu gab es eine kurze Debatte, in der der zuständige Stadtrat erklärte, dass ausreichend Parzellen in Kleingartengebieten zur Verfügung stehen.

10. OPEG

Von der Stadt Bremerhaven und der Köllmann AG wurde gemeinschaftlich eine Ocean-Park Entwicklungsgesellschaft gegründet, um das Tourismusgebiet Alter und Neuer Hafen weiter zu entwickeln. Diese Gesellschaftsgründung hatte den Vorteil, dass bei allen Planungen die Stadt beteiligt ist. Zudem wurde über eine amerikanische Einzelhandelskette (KanAm) mit dem Vorstand über die Vermarktung der Einzelhandelsflächen verhandelt.

Der DVU-Antrag vom 03.02.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die sofortige Auflösung der OPEG als gemeinsame Gesellschaft von Bremerhaven und der Köllmann AG zu vollziehen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Diesen Antrag begründete der DVU-Stadtverordnete Braune, der in den Ausschüssen immer durch konstruktives Schweigen auffällt. Er wollte die Zusammenarbeit mit der PanAM (in Konkurs gegangene amerikanische Fluggesellschaft) nicht weiter fortsetzen. Sein Fauxpas, er hatte die PanAm mit der KanAm verwechselt.

11. ÖPNV in der Bürger

Die Große Koalition hat die Verlagerung der Busse aus einem Teil der Einkaufsmeile beschlossen, um in Bremerhaven im Bereich der „Bürger“ eine echte Fußgängerzone zu schaffen und die jetzige Umgestaltung zu ermöglichen. Da es zu der Zeit erhebliche Proteste gegen diese Maßnahme gab, hat die DVU folgenden Antrag eingereicht.

Der DVU-Antrag vom 16.03.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bei der Umgestaltung der Innenstadt wird eine Verlagerung des ÖPNV nicht vorgenommen.

2. Eine Verlagerung des Wochenmarktes vom Kirchenplatz zum Theodor-Heuss-Platz wird nicht vorgenommen.
3. Im Bereich Alter Hafen /Neuer Hafen werden keine Parkgebühren erhoben.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Bemerkenswert bei diesem Antrag ist, dass - wie üblicherweise bei der DVU - nicht der Ansatz einer politischen Alternative zu erkennen ist. Die DVU glaubt, durch populistische Anträge bei der Bevölkerung Vorteile zu gewinnen.

12. Sanierungskonzept für Sportanlagen

Am 14.06.2000 hat der Sportausschuss, an dem kein Vertreter der DVU teilgenommen hat, beschlossen, beim Sportverein LTS einen Grandplatz in einen Rasenplatz umzugestalten. Die Kosten hierfür betragen 340.000 DM, die auch im Haushalt zur Verfügung standen.

Der DVU-Antrag vom 29.06.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend ein Sanierungskonzept zum Erhalt des FC Bremerhaven – Zollinlandplatz- sowie ein Sanierungskonzept für die Sportanlage der Leher Turnerschaft (LTS) vorzulegen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Die DVU versucht im Bereich des Sports, selbst ohne eigene Ausschussmitarbeit, den Eindruck zu erwecken, dass die Kommunalpolitik untätig ist. Wohl wissend, dass die Beschlusslage ganz anders lautet.

13. Rogge-Hallen

Zur Vorbereitung der Flächen am Alten und Neuen Hafen ist der Beschluss gefasst worden - nachdem es keine Nutzungsalternative gab - die alte „Rogge-Halle“ im Bereich des Neuen Hafens abzureissen, die alte Tischlerei abzutragen und an anderer Stelle des Neuen Hafens wie-

der aufzubauen. Darüber hat es natürlich eine heftige öffentliche Diskussion gegeben.

Die DVU-Antrag vom 07.09.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt Oberbürgermeister Schulz als zuständigen Dezernenten für Wirtschaft und als Aufsichtsratsvorsitzenden der BIS in Bezug auf den unnötigen Abriss der historischen Hallen im Bereich des Tourismusgebietes Alter Hafen / Neuer Hafen.

Der Magistrat wird aufgefordert die BIS anzuweisen, im Bereich des Neuen Hafens die historischen Rogge-Hallen zu erhalten und zu sanieren und einer vernünftigen Nutzung zuzuführen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Hier ist wieder das typische Verhalten der DVU zu erkennen, sich nachträglich an Bürgerproteste anzuhängen. Durch die DVU wird zum wiederholten Male keine Alternative angeboten. Gerade dieser Antrag zeigt, dass sie immer nur Mitläufer sind, in der Hoffnung bei der Protestbewegung Wählerstimmen einzufangen. Die DVU ist nicht in der Lage, Vorreiter einer politischen Aktion zu werden. Sie können bestenfalls reagieren, ohne eigene Alternativen aufzuzeigen.

14. Stadtbad Mitte

Das ehemalige Stadtbad in Bremerhaven-Mitte als damaliger Standort für das Designlabor konnte baulich nicht weiter benutzt werden und stand den Planungen zur Erweiterung der südlichen Innenstadt im Wege. Inzwischen ist im Bereich des alten Hallenbades mit einem Neubau der Bremerhavener Hochschule als wichtiger Baustein für den Bereich Wissenschaft und Forschung begonnen worden.

Der DVU-Antrag vom 07.12.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Bereich Stadtmitte wird das alte Hallenbad erhalten und unter Denkmalschutz gestellt.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Das alte Hallenbad in Bremerhaven ist unter großen Anstrengungen in der Nachkriegszeit erbaut worden. Unter anderem ist die Finanzierung direkt durch die Bevölkerung, indem jeder Bürger Steine für das Hallenbad kaufen konnte, unterstützt worden. Hier hat die DVU wieder einmal mehr versucht, die Emotionen in der Bevölkerung für sich zu nutzen, ohne auch nur einen Vorschlag zur sinnvollen Weiterverwertung des Gebäudes, geschweige denn einen Finanzierungsvorschlag, vorzulegen.

15. Fachmarktansiedlungen

Bremerhaven ist als Teil des Bundeslandes Bremen direkt von niedersächsischen Umlandgemeinden umgeben. Damit die Funktion des Oberzentrums zu gewährleisten ist, müssen gerade auch Ansiedlungen von Einzelhandel auf Bremerhavener Hoheitsgebiet erfolgen. Aus diesem Grund wurde das Gewerbegebiet Bohmsiel erschlossen.

Der DVU-Antrag vom 08.02.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Bereich des Gewerbegebietes Bohmsiel werden zu den jetzt bestehenden Einzelhandelsunternehmen keine weiteren zugelassen, die durch Änderung des Bebauungsplanes genehmigungsfähig werden.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Natürlich haben sich beim Einzelhandel in der Innenstadt besorgte Einzelhändler und deren Mitarbeiter an der Diskussion gegen eine Ansiedlung beteiligt. Dazu muss man wissen, dass zu dem Zeitpunkt die 60 Mio. € teure Sanierung der Innenstadt noch nicht umgesetzt war. Ohne jegliche Detailkenntnisse, ohne jegliche Angaben von Kaufkraftquoten oder andere für Einzelhandelsansiedlung wichtige Faktoren wurde dieser Antrag von Vertretern der DVU begründet. Hier zeigt sich, dass sie sich nicht einmal die Mühe machen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, sondern nur mit einer kurzen Begründung hoffen, Wählerstimmen für sich zu gewinnen.

16. Eisstadion

Der REV als Profi-Eishockeymannschaft hat als Spielstätte ein durch die Stadthalle betriebenes offenes Eisstadion, das sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand befindet. Deswegen sind die Überlegungen für ein neues Eisstadion im vollem Gange. Gespräche über eine Machbarkeitsstudie sind eingeleitet. Inzwischen ist der Vorentwurf des Architekten schon als Finanzierungsantrag beim Bremer Senat eingereicht.

Der DVU-Antrag vom 20.09.2001 lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend eine Planung für den Neubau eines Eisstadions mit 2 Eisflächen für den REV Bremerhaven zu erstellen.*
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Grundsatzbeschluss, ein neues Eisstadion für den REV Bremerhaven zu bauen.*
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, über das Referat für Wirtschaft eine Finanzierungskonzeption zu erstellen.*
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister, Herrn Jörg Schulz, auf, zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven umgehend Verhandlungen mit dem Bremer Senat über eine Mitfinanzierung über das Investitionsprogramm (ISP) aufzunehmen.*

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Dieser Antrag ist ein Paradebeispiel für die oberflächliche und inhaltslose Arbeit der DVU. Ohne überhaupt auch nur den Ansatz einer Kostenschätzung zu haben, fordert die DVU nicht nur ein neues Eisstadion, sondern gleich eines mit zwei Eisflächen. Ein Finanzierungsvorschlag wurde ebenso nicht vorgelegt. Der wahre Grund dieses Antrages war, bei den Eishockeyfans den Eindruck zu erwecken, dass SPD und CDU keinen Neubau eines Eisstadions wollen. Die DVU hat ihren Antrag mit dem Vermerk - **von SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt** - als Flugblatt bei Punktspielen vor dem Eisstadion verteilt. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der DVU, die wissentlich mit unwarren Trickereien einen Vorteil bei den Wählern erlangen will. Dieser Antrag zeigt auch, dass die DVU an einer sachlichen, fachlich bezoge-

nen Diskussion kein Interesse hat oder - was wahrscheinlicher ist - dazu nicht in der Lage ist.

17. *Tourismus am Alten und Neuen Hafen*

Im Rahmen der Strukturveränderungen für Bremerhaven ist als zusätzlicher Bereich die Erschließung von Tourismus im Gebiet Alter / Neuer Hafen von der großen Koalition in Angriff genommen worden. Die Finanzierung über Landesmittel ist sichergestellt.

Der DVU-Antrag vom 14.02.2002 lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, endlich die konkreten Planungen für den Bereich Alter/Neuer Hafen der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

In der Bevölkerung gibt es große Vorbehalte gegen die umzusetzenden Maßnahmen. Hier versucht die DVU die Skeptiker für sich zu gewinnen. Dabei muss man wissen, dass während der langen Diskussion über den Tourismus nicht ein Vorschlag seitens der DVU gekommen ist. An der Diskussion über großflächige Beplanung oder kleinteilige Entwicklung dieses Gebietes hat sich die DVU nicht beteiligt und es ist Außenstehenden nicht möglich, von ihr ein konkretes Meinungsbild für dieses wichtige Thema zu bekommen.

18. *Straßennamen*

Bei einem Verkehrsunfall ist die SPD-Parteivorsitzende und Sozialsenatorin Hilde Adolf auf tragische Weise ums Leben gekommen. Alle demokratischen Parteien in Bremerhaven haben ihre Betroffenheit öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Der DVU-Antrag vom 21.03.2002 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die „Adolfstraße“ zu Ehren der verstorbenen Sozialsenatorin Hilde Adolf in „Senatorin-Hilde-Adolf-Straße“ umzubenennen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Hier zeigt sich die Gewissenlosigkeit und Menschenverachtung in aller Deutlichkeit. Insbesondere anlässlich des tragischen Ereignisses, einen solchen Antrag zu stellen, ist der perfide Versuch, sich Vorteile aus dem Ableben einer Persönlichkeit zu verschaffen, die nachweislich eine energische Gegnerin der DVU war. Zudem hat die DVU wie immer nicht einmal recherchiert. Der Name der Bremerhavener „Adolfstraße“ ist auf Wunsch des Bremerhavener Bauunternehmers Adolf Zimmer zum Gedenken an seinem kranken Sohn Adolf erfolgt. Das war dem Vertreter der DVU nicht einmal bekannt.

19. Parkraumbewirtschaftung

Im Rahmen der Innenstadtsanierung hat Bremerhaven die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung durch die STÄPARK eingeführt. Da gleichzeitig ein Parkleitsystem eingeführt worden ist, bei dem auch die freien Stellplätze angezeigt werden, war in der Erprobungsphase die Regelung für die Anwohner nicht verständlich.

Der DVU-Antrag vom 06.06.2002 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung umgehend rückgängig zu machen.

Der Antrag wurde an den Bauausschuss überwiesen.

Da naturgemäß bei einer solch grundlegenden Veränderung bei der Parkraumbewirtschaftung zunächst bei den Betroffenen Probleme auftreten, versuchte sich die DVU als Fürsprecher der Anwohner der Innenstadt darzustellen. Die Maßnahme für den innerstädtischen Einzelhandel bringt große Vorteile. Deshalb wurde von der Großen Koalition eine Verknüpfung von begrenzter Parkzeit (Parkraumbewirtschaftung) und Parkflächen für die Anwohner der Innenstadt erreicht. Inzwischen ist

diese Regelung auch von den Anwohnern angenommen worden. In den Bauausschuß überwiesen wurde dieser Antrag, weil die DVU sonst nach dem alten Schema ein Flugblatt mit der Ablehnung ihres Antrages durch die demokratischen Fraktionen ohne Sachaufklärung in dem betroffenen Gebiet verteilt hätte.

20. Kommunales Einzelhandelsförderprogramm

Mit einem Innenstadtförderprogramm in einer Höhe von 70 Mio. € hat die Große Koalition Beschlüsse zur Innenstadtumgestaltung gefasst, um die oberzentrale Funktion Bremerhavens wiederzuerlangen. Natürlich waren während der Bauphase die Einzelhandelsbetriebe besonders betroffen.

Der DVU-Antrag vom 06.06.2002 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die BIS wird beauftragt, ein kommunales Einzelhandelsförderprogramm für die durch die Umbaumaßnahme im Bereich der „Bürger“ und des Theodor-Heuss-Platzes betroffenen Bremerhavener Einzelhandelsbetriebe aufzulegen .

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Wie oberflächlich die DVU mit wichtigen Themen in dieser Stadt umgeht, geht aus dem Protokoll der Sitzung eindeutig hervor. Das beweist der ungekürzte Text.

Stadtverordneter Tittmann weist auf die Sondersituation des Einzelhandels durch die Baumaßnahmen in der Fußgängerzone hin und hält deshalb eine Förderung des Einzelhandels ausnahmsweise für zulässig. Das gilt auch für die Betriebe am Theodor-Heuss-Platz. Langjährig ansässige Firmen werden durch die beschlossene Verkehrsführung in den Ruin getrieben.

Stadtverordneter Beneken fordert den Stadtverordneten Tittmann auf, sich auf die Begründung des Antrages zu beschränken. Die Verkehrsführung habe damit nichts zu tun.

Nachdem Stadtverordneter Tittmann vom Stadtverordnetenvorsteher Beneken erneut ermahnt wurde, seinen Antrag sachgerecht zu begründen und er dieser Aufforderung nicht nachkommt, entzieht Stadtverordnetenvorsteher Beneken ihm gemäß § 50 GOSTVV das Wort.

21. Gewerbegebietsanbindung

Das Bremerhavener Gewerbegebiet Weißenstein liegt am Rande des Wohngebietes Grünhöfe und ist verkehrlich nur über Umwege zu erreichen. Der Konflikt zwischen Anwohnern und den Gewerbetreibenden ist damit vorprogrammiert. Hierzu gab es eine Woche vor Antragstellung einen Artikel in der Nordseezeitung.

Der Antrag vom 31.10.2002 lautete:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Verkehrsprobleme (Anbindung an die BAB) des Gewerbegebietes Weißenstein zufriedenstellend für die Gewerbebetriebe zu lösen.

Bei 3 Ja Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Auch hier ist ganz deutlich zu erkennen, dass die Vertreter der DVU ohne jegliche Konzepte Stimmungen in der Stadt aufnehmen und zu ihrem Vorteil nutzen wollen. Dazu muss man wissen, dass dieses Thema hinlänglich bekannt ist und in den zuständigen Ausschüssen diskutiert wurde. Hier ist ein Antrag ohne jegliche fachliche Vorbereitung, nur auf Grund einer Pressemitteilung in der NZ von der DVU verfasst worden.

22. Umwandlung der ISP – Mittel

In Bremerhaven sind drei Hallenbäder unter großem finanziellen Aufwand saniert worden. Hierbei werden drei unterschiedliche Funktionen erfüllt:

Die Bereiche Sport, Spaß und Wellness in einem Umfang, wie in keiner anderen vergleichbaren Stadt. Das Nordsee-Stadion liegt nicht im Stadtkern, wird deswegen schlecht angenommen und hat bauliche Mängel, die nach und nach behoben werden.

Beim Eisstadion gibt es eine große Diskussion über einen Neubau, der die Anforderungen an eine solche Sportstätte erfüllt.

Der Antrag vom 13.02.2003 lautete:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend eine Verlagerung der ISP – Mittel aus dem Bereich Alter / Neuer Hafen (Ocean-Park) für

1. Neubau Eisstadion	20,0 Mio Euro
2. Grundsanierung Freibad Grünhöfe	4,8 Mio Euro
3. Sanierung Freibad Speckenbüttel	5,0 Mio Euro
4. Grundsanierung Nordsee-Stadion	7,5 Mio Euro

durch einen Antrag bei den Wirtschaftsförderungsausschüssen des Landes Bremen einzuleiten.

Gleichzeitig wird die BIS aufgefordert, alle Planungsmaßnahmen für den Bereich Klimahaus einzustellen.

Der Antrag wurde bei 2 Gegenstimmen der DVU an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Der Strukturwandel in Bremerhaven wird auch im touristischen Bereich verfolgt und hat die Erhöhung von Steuereinnahmen, Absicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel. Es ist erkennbar, dass die DVU einfache wirtschaftliche Zusammenhänge nicht versteht, denn die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen müssen dauerhaft bezuschusst werden und schwächen dadurch den Stadthaushalt. Dazu ist im Redebeitrag der DVU nicht ein Hinweis auf die Finanzierung gegeben worden.

23. Fahrrad- und Fußwege

Im Bereich Eichenweg - Dudweiler Straße gab es einen Fahrrad- / Fußweg, der nicht durchgängig benutzbar war. Die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung sind durch die Anwohner angeschrieben worden. Die Vertreter der Großen Koalition haben den Stadtbaurat gebeten Abhilfe zu schaffen.

Der Antrag vom 04.06.2003 lautete:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend geeignete Maßnahmen einzuleiten, im Bereich Eichenweg – Dudweilerstraße schnellstens einen durchgehenden Fahrradweg / Fußgängerweg einzurichten.

Der Antrag wurde bei 3 Gegenstimmen der DVU an den Bauausschuss überwiesen.

Dieser Antrag beweist, dass die DVU krampfhaft nach Themen für die Stadtverordnetenversammlung sucht. Dazu muss man wissen, dass es der einzige DVU Antrag in dieser Stadtverordnetenversammlung war. Wer den Inhalt kommunalpolitisch bewertet muss zur Auffassung gelangen, dass er wegen seiner Bedeutung nur im Bauausschuss zu behandeln wäre.

Hafen

24. Häfenentwicklung

Durch die bevorstehende Einführung der Containerschiffe der neuen Generation und durch die weltweit agierenden internationalen Reedereien stoßen die herkömmlichen Häfen an ihre Kapazitätsgrenzen. Aus diesem Grund wurde über den Standort für einen Tiefwasserhafen in der Region diskutiert.

Der DVU-Antrag vom 19.10.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert sich beim Bremer Senat dafür einzusetzen, dass der Bremer Senat sich für den Tiefwasserhafen Cuxhaven als Containerhafen für die Containerschiffe der neuen Generation ausspricht.

Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Betreibergesellschaft Bremen/Niedersachsen.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Der DVU war nicht bekannt, dass Cuxhaven nur im engen Schulterschluss mit Hamburg den Tiefwasserhafen als Ergänzung zum Hamburger Hafen realisieren wollte. Ferner war der DVU nicht bekannt, dass zunächst einmal für ein solches Milliarden-Projekt eine Realisierungsgesellschaft gegründet werden muss. Bremerhaven und Bremen müssen darauf bestehen, in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Tiefwasserhafen die Hafenvirtschaft der Region zu stärken. Diese Voraussetzungen sind in enger Zusammenarbeit mit Wilhelmshaven erfüllt. Die DVU hat bewusst den Versuch unternommen, die Menschen einer Region zu verunsichern.

25. Sanierung der Kaiserschleuse

Bremerhavens Hafen ist nur mit einer großen Schleuse für Autocarrier zu erreichen. Bei Ausfall dieser sind die Hafenanlagen nicht benutzbar. Die Kaiserschleuse ist zu klein und soll vergrößert und saniert werden. Hierzu haben sich alle Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und in der Bremischen Bürgerschaft ausgesprochen.

Der DVU-Antrag vom 15.03.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Senat und die Landesregierung werden von der Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, das festgeschriebene Ziel der Koalitionsvereinbarung, die Kaiserschleuse in Bremerhaven schrittweise zu sanieren und dementsprechende Mittel im Doppelhaushalt 2002/2003 einzubringen, durchzuführen.

Der Antrag wurde an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Dieser Antrag ist ein schöner Beweis für die Unkenntnis in Sachfragen bei den DVU-Stadtverordneten. Die Kaiserschleuse kann nicht schrittweise saniert werden, da es technisch nur möglich ist, sie an gleicher Stelle mit einer größeren Schleusenkammer neu zu bauen. Ansonsten können die gängigen Schiffstypen diese Schleuse nicht nutzen. Außerdem scheint der DVU-Fraktion nicht bekannt zu sein, dass große Hafenbaumaßnahmen über Bremen-Ports als Gesellschaft mit dem Finanzierungsmodell „Sondervermögen außerhalb des Haushalts“ abgewickelt

werden. Die Überweisung ist erfolgt, um zu verhindern, dass die DVU-Fraktion eine Flugblattaktion im Hafen mit der Ablehnung ihres Antrages durch die demokratischen Fraktionen gegen wichtige Hafenbaumaßnahmen durchführen kann.

26. Hafenanbindung in Bremerhaven

Nach dem in Bremerhaven mit der Erweiterung des Container Terminals begonnen worden ist, gibt es eine heftige Diskussion über die Verkehrsanbindung der Häfen in Bremerhaven. Es haben sich zwei Bürgerinitiativen gebildet, die eine favorisiert eine Troglösung (Kreuzungsfreierausbau Langener Land Straße / Cherburger Straße) die andere eine Nordumgehung über den Autobahnzubringer Debstedt / Sievern. Die so genannte Troglösung ist gutachterlich bewertet und die Finanzierung per Senatsbeschluss durch das Land Bremen sichergestellt.

Der Antrag vom 27.03.2003 lautete:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend mit dem Bremer Senat in Verhandlungen einzutreten, dass die überregionale Verkehrsanbindung der stadtbremischen Häfen in Bremerhaven über die Route Autobahn 27, Abfahrt Debstedt – Sievern – Weddewarden geführt wird.

Hierzu sind unverzüglich Gespräche mit dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Cuxhaven aufzunehmen.

Eine Umsetzung der Tunnellösung oder eine Troglösung wird nicht weiter angestrebt.

Der Antrag wurde bei 2 Gegenstimmen der DVU an den Bauausschuss überwiesen.

Auch in diesem Antrag zeigt es sich, dass die DVU bei einer Bürgerinitiative Pluspunkte für sich sammeln will. Dieser Antrag ist inhaltlich für die DVU entlarvend, denn richtigerweise müsste man, wenn man diese Umfahrung politisch durchsetzen will, zunächst einmal eine Kostenermittlung durchführen und erst danach eine Entscheidung herbeiführen. Mit diesem Antrag kann man beweisen, dass die DVU zu diesem Sachthema keine Recherche durchgeführt hat. Im gesamten Redebeitrag wird die Senatsentscheidung nicht einmal erwähnt.

Schule und Kultur

27. Sanierung der Karl-Marx-Schule

Am 17.05.2000 hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss gefasst, die Karl-Marx-Schule zu sanieren. Dieser Beschluss ist durch die Vereinbarung zwischen der SPD und der CDU abgesichert worden. Die Stadtteilkonferenz in Leherheide hatte ebenfalls hiervon Kenntnis.

Die DVU Antrag vom 29.06.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss, die Karl-Marx-Schule in Leherheide zu erhalten.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Die DVU hat in ihrem Redebeitrag darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme im Haushalt nicht verankert ist. Allein daran kann man sehen, dass die Mitglieder der DVU das kommunalpolitische System nicht begriffen haben. Denn die umfangreichen Schulsanierungsmaßnahmen wurden über die StadtFinanz als Finanzierungsmodell abgewickelt. Jetzt zeigt sich im Handeln der DVU etwas Neues. Es geht ihr nicht um das Umsetzen von Maßnahmen - sie wollen ihre Anträge abgelehnt haben. Im Umfeld der Karl-Marx-Schule haben sie ihren Antrag mit dem Aufdruck „Von allen anderen Fraktionen abgelehnt“ als Flugblatt verteilt. Dadurch wollten Sie den Eindruck erwecken, dass hier eine Sanierungsmaßnahme nicht durchgeführt wird.

28. Schulsanierung

Im Schulbereich werden neue Konzepte erforderlich, um eine bedarfsgerechte Anpassung aller Schulstandorte an die demografische Entwicklung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist eine langjährige Strukturdebatte im Schulausschuss durchgeführt worden. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor und werden umgesetzt.

Der DVU-Antrag vom 07.09.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Deichschule nicht zu schließen, sondern sofort zu sanieren.

Der Antrag wurde an den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Erstmalig hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag nicht einfach abgelehnt, um der DVU die Möglichkeit zu nehmen, Flugblätter zu verteilen. Dieses hätte in der Bevölkerung einen falschen Eindruck erweckt. Zudem ist am Ende der Schulentwicklungsplanung herausgekommen, dass auf die Deichschule verzichtet werden kann (siehe auch Punkt 21).

29. Bildungspolitik

Die Diskussion der Bildungspolitik, insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Pisa-Studie, wird in der gesamten Bundesrepublik geführt. Der Eckwertebeschluss für die Haushaltsaufstellung lag bei Einreichen des DVU-Antrages bereits vor.

Der DVU-Antrag vom 06.12.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Eckwertebeschluss umgehend für den Bereich Schule zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Kultur überwiesen.

Die Oberflächigkeit der Anträge der DVU ist deutlich zu erkennen. In seinem Redebeitrag legt der DVU-Vertreter ein Hauptaugenmerk auf Jugendkriminalität und nicht auf die Frage, welche Programme an den Schulen zusätzlich durchgeführt werden.

Auch im Bildungsbereich ist das Versagen der DVU überdeutlich erkennbar. Im Ausschuss für Schule und Kultur beteiligen sie sich nicht an inhaltlichen Diskussionen, sondern glänzen oft durch Abwesenheit. Beides ist durch Ausschussprotokolle belegt.

30. Deutschjahr für Ausländerkinder

Ein durch die Pisa-Studie aufgezeigtes Problem sind die schlechten Sprachkenntnisse in den Klassenverbänden.

Der DVU-Antrag vom 29.08.2002 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen aus dem hervorgeht, ob es möglich ist, ein „Deutschjahr“ für Ausländerkinder einzuführen und wie dieses aussehen könnte und ob und wie dieses zu finanzieren ist.

Bei 3 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Man muss zu diesem Antrag wissen, dass dieses Thema im letzten Ausschuss für Schule und Kultur ausführlich behandelt worden war. In der Sitzung sind diverse Maßnahmen zur Abarbeitung der Probleme der Pisa-Studie beschlossen worden. Eine Analyse der Wirkung der Beschlüsse ist nach dieser kurzen Zeit überhaupt nicht möglich. Die DVU hat nur aus populistischen Gründen diesen Antrag gestellt. Bei den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Kultur ist der DVU-Vertreter oft nicht anwesend, siehe Protokolle des Ausschusses für Schule und Kultur.

Innere Sicherheit / Polizei

31. Erhalt der Polizeireviere in Bremerhaven

Die Bremerhavener Polizeibehörde hat zur Erhöhung ihrer Funktionalität eine Strukturreform eingeleitet. Hierbei ist auch die Zuordnung von Aufgaben und Personal der Kriminalpolizei auf die Reviere der Schutzpolizei diskutiert worden.

Der DVU-Antrag vom 07.12.2000 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Strukturreform der Bremerhavener Polizei am Erhalt aller Polizeireviere in Bremerhaven festzuhalten.

Der Antrag wurde an den Ausschuss für öffentliche Sicherheit überwiesen, siehe auch Erläuterungen unter Punkt 8 und 21.

Hierbei wird wiederum deutlich, dass die DVU absichtlich Ängste in der Bevölkerung schüren will. Fälschlicherweise versucht sie der Bevölkerung einzureden, dass Polizeireviere geschlossen werden sollen. Ferner wird unterschwellig versucht bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, die innere Sicherheit der Bevölkerung könne nicht mehr gewährleistet werden.

32. Polizeireform

Im Rahmen der Diskussion über die Reform der Bremerhavener Polizei ist auch die nächtliche Schließung von zwei Polizeireviere diskutiert worden.

Der DVU-Antrag vom 15.03.2001 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die intern diskutierte Überlegung über die nächtliche Schließung der beiden Polizeireviere Leherheide und Bremerhaven- Mitte nicht auszuführen.

Der Antrag wurde an den Ausschuss für öffentliche Sicherheit überwiesen.

Zudem stellte die DVU am 26.04.2001 in der nächsten Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Oberbürgermeister als Dezernenten für die Polizei anzuweisen, eine Schließung der Polizeireviere in Leherheide und Mitte während der Nachtzeit nicht durchzusetzen.

Bei 2 Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Auf die Problematik der Nachtschließung von Polizeirevieren ist die DVU bei einer Stadtteilkonferenz aufmerksam geworden. Dort hatte der DVU-Vertreter keine Erklärung abgegeben. Die CDU als Koalitionsfraktion in Bremerhaven hat aber schon dort erklärt, dass sie eine Nachtschließung nicht mittragen wird. Die DVU versuchte den Eindruck zu erwecken, dass die Sicherheit der Bürger im höchsten Maße gefährdet ist und hat bewusst eine Verunsicherung der Bevölkerung in Kauf genommen. Zu den Strukturen einer Polizeireform hat die DVU weder im Ausschuss für öffentliche Sicherheit noch in der Stadtverordnetenversammlung Stellung bezogen.

Soziales

33. Erhalt der Bremerhavener Tafel

Auf Betreiben der Arbeiter Wohlfahrt (AWO) ist in Bremerhaven die so genannte Bremerhavener Tafel eingeführt worden. Die Aufgabe dieser Einrichtung besteht darin, Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden bei Supermärkten einzusammeln und über zwei Ladengeschäfte an Bedürftige zu verteilen. Bei der Einrichtung wurde von der Politik Wert darauf gelegt, dass die Verteilung über die AWO und über Sponsorgelder finanziert wird. Eine öffentliche Bezuschussung ist von vornherein abgelehnt worden.

Der Antrag vom 12.12.2002 lautete:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Erhalt der Bremerhavener Tafel ist durch Übernahme der Kosten sicherzustellen.

Bei zwei Ja-Stimmen der DVU wurde der Antrag abgelehnt.

Nachdem sich bei der AWO ein Fehlbetrag von 25.000 € abzeichnete, wurde die Forderung erhoben, doch eine öffentliche Finanzierung vorzunehmen. Nachdem dies abgelehnt worden war, wurde der Fehlbetrag

über Sponsoring gedeckt. Auch hier zeigt sich, dass die DVU ohne Eigeninitiative eine Profilierung versucht. Wie qualitativ schlecht dieser Antrag ist, zeigt sich auch daran, dass nicht einmal ein Finanzierungsvorschlag gemacht wird.

Interessant bei der Bewertung der Arbeit der DVU in der Legislaturperiode 1999-2003 ist auch die Betrachtung der nachfolgenden Tabelle. Hier wird deutlich, dass nicht die DVU in ihrem Handeln agiert, sondern nur auf Stimmungen reagiert.

In einem wichtigen Bereich, nämlich „Personal und Organisation“, haben sie keinen Antrag gestellt. Auch das für eine Oppositionsfraktion wichtige Thema „Arbeit, Soziales, Senioren und Schwerbehinderte“, ist von ihnen nicht aufgegriffen worden. Das Gleiche gilt für die Bereiche „Jugend und Familie“, „Freizeit“ und „Kultur“.

Wer, wie die DVU, wichtige politische Bereiche aus der politischen Arbeit ausklammert und hier auch keinerlei Aussagen macht, kann als politische Kraft keine Alternative zu den demokratischen Parteien sein. Auch wer glaubt, in Einzelfragen könnte die DVU Interessenvertreter sein, muss bei der Bewertung der Arbeit der DVU zur Erkenntnis kommen, dass die DVU dazu gar nicht in der Lage ist.

Das lässt nur den Schluss zu, dass politisch-inhaltlich das Ziel der DVU die Umsetzung der Thesen der Bundespartei ist. Und hier wird bekanntermaßen eine rechtsextreme Strategie verfolgt, die mit kommunalpolitischer Arbeit überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist. Hier muss sich für die Wählerinnen und Wähler die Frage stellen, wenn diese Partei kommunal- und landespolitisch nichts bewirkt, ob man rechtsextreme Kräfte unterstützt. Insofern ist für alle Demokraten eine Stimme für die DVU eine verlorene Stimme.

Diese Tabelle zeigt, dass auch zu entscheidenden Ausschüssen von der DVU in der Stadtverordnetenversammlung im Zeitraum 1999 bis 2003 wenige bzw. keine Anträge gestellt worden sind.

Ausschussbereiche	Anzahl der Anträge
Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten, Frauen, Bürgerbeteiligung und Ausländer	3
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	5
Personal- und Organisationsausschuss	0
Ausschuss für Schule und Kultur	Schule 4 / Kultur 0
Bau- und Umweltausschuss	Bau 15 / Umwelt 0
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Schwerbehinderte	1
Ausschuss für Gesundheit	0
Ausschuss für öffentliche Sicherheit	2
Ausschuss für Jugend und Familie	0
Ausschuss für Sport und Freizeit	0
Anträge außerhalb der Ausschüsse	3



Paul Bödeker MdBB,
geb. 22.10.1952,
selbstständiger Fahrlehrer

- seit 1986 Mitglied der CDU Bremerhaven
- seit 1986 Vorstandsmitglied der CDU Bremerhaven-Mitte,
- seit 1987 Mitglied in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung,
 - 1987- Mitglied im Kreisvorstand der CDU Bremerhaven,
 - 1989
 - 1987- Kreisvorsitzender der Mittelstandvereinigung der CDU,
 - 2004
- seit 1987 Mitglied im Landesvorstand der CDU Bremen,
 - 1989- Mitglied im Fraktionsvorstand der
 - 1991 CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven,
 - 1991- stellvertretender Fraktionsvorsitzender
 - 1995 der CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven,
- seit 1995 Fraktionsvorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven,
- seit 2003 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und hafropolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion

Impressum

Verantwortlich:

Paul Bödeker, MdBB, CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven
Thorsten Raschen, CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven
Dennis Ugurcu, CDU-Stadtverordnetenfraktion Bremerhaven

Bismarckstraße 2
27570 Bremerhaven
Telefon 0471 / 2 70 32
Telefax 0471 / 20 70 67
www.cdu-bremerhaven.de
email: fraktion@cdu-bremerhaven.de

Druck & Layout: Weserdruckerei Grassé GmbH

CDU
Stadtverordnetenfraktion

Bismarckstraße 2 · 27570 Bremerhaven
Telefon 0471 / 2 70 32 · Telefax 0471 / 20 70 67
www.cdu-bremerhaven.de · email: fraktion@cdu-bremerhaven.de